

Stellungnahme des Zukunftsrats Hamburg zur Olympia-Bewerbung 2036, 2040, 2044

Empfehlung zum Referendum

Hamburg, 16. April 2026

Einleitung

Olympische und Paralympische Spiele haben unbestreitbare Potenziale. Sie können internationale Begegnung und Völkerverständigung fördern — gerade in einer von Krisen und Konflikten geprägten Zeit ist das kein triviales Argument. Sie können Investitionen in städtische Infrastruktur, Mobilität und erneuerbare Energien beschleunigen. Sie können sportliche Begeisterung wecken, Impulse für den Behindertensport setzen und eine Stadt international als weltoffene, moderne Metropole positionieren.

Der Zukunftsrat Hamburg erkennt diese Potenziale an. Sie sind der Grund, warum wir uns seit 2015 ernsthaft und differenziert mit der Frage auseinandersetzen, unter welchen Bedingungen eine Olympiabewerbung verantwortbar sein könnte. Die folgende Stellungnahme ist keine grundsätzliche Absage an den olympischen Gedanken — sie ist eine sachliche Analyse der Frage, ob die vorliegenden Informationen eine fundierte Zustimmung heute ermöglichen.

1. Was sich seit 2015 nicht verändert hat — und was sich verschärft hat

Der Zukunftsrat Hamburg hat bereits 2015 ein ausführliches Positionspapier zur damaligen Olympiabewerbung veröffentlicht. Unsere zentrale Aussage lautete damals:

„Aus Sicht des Ressourcen-, Klima- und Naturschutzes können Olympische Spiele nicht nachhaltig sein.“

Wir formulierten sechs Bedingungen, unter denen eine Bewerbung dennoch verantwortbar sein könnte: ein ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept mit quantifizierbaren Zielen, dessen Integration als Querschnittsaufgabe in alle Planungsbereiche, die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem IOC, umfassende Transparenz vor dem Referendum, verbindliche Rücktritts-Kriterien bei Nicht-Einhaltung ökologischer und sozialer Grenzwerte sowie offene Kommunikation über bestehende Ungewissheiten. Unser Fazit 2015 war eindeutig: Die Bedingungen für eine Ja-Empfehlung waren nicht erfüllt. Das Positionspapier von 2015 ist dieser Stellungnahme als Anlage beigelegt.

Zehn Jahre später stellen wir fest: Aus unserer Sicht sind diese sechs Bedingungen heute weiterhin nicht nachweislich erfüllt.

Was sich gegenüber 2015 verändert hat, ist nicht der Erfüllungsgrad unserer Bedingungen, sondern der wissenschaftliche und gesellschaftliche Kontext. Die Klimakrise schreitet schneller



voran als erwartet. Das sechste große Massenaussterben der Erdgeschichte ist in vollem Gange. Die Kapazitäten für qualitativ hochwertige, verifizierbare CO₂-Kompensation sind global begrenzt — die Nachfrage nach solchen Projekten übersteigt das verfügbare Angebot in relevanten Marktsegmenten bereits heute deutlich. Bereits der Hamburger Klimaplan 2023 hält fest, dass CO₂-Kompensation grundsätzlich nur für unvermeidbare Emissionen in Frage kommt. Der Zukunftsentscheid vom Oktober 2025 änderte das Hamburgische Klimaschutzgesetz so, dass Hamburg bis 2040 klimaneutral werden soll und dafür mit jährlichen Emissionsbudgets sowie Schätzbilanzen arbeitet. Was 2015 eine begründete Befürchtung war, ist heute wissenschaftlich besser belegt: Olympische Spiele mit ernsthaftem Klimaneutralitätsanspruch sind unter diesen Bedingungen schwer realisierbar — es sei denn, man nimmt in Kauf, dass knappe Kompensationsressourcen von lebensnotwendigen Bereichen wie Wohnraumheizung und Grundstoffproduktion abgezogen werden.

2. Was der Senat bisher geliefert hat — und was noch fehlt

Die aktuelle Bewerbung zeigt gegenüber 2015 in mehreren Bereichen erkennbare Fortschritte. Das Konzept kurzer Wege zwischen den Sportstätten, der erklärte Verzicht auf vollständige Neubauten, der Fokus auf nachhaltige Mobilität, der Anspruch auf Kreislaufwirtschaft bei Baumaterialien und die Absicht, klimafreundliche Verpflegung anzubieten — das sind keine leeren Worthülsen. Es zeigt, dass Nachhaltigkeit im Bewerbungsprozess als Thema ernst genommen wird und dass die Verantwortlichen sich der Erwartungen bewusst sind.

Das Problem liegt nicht im Fehlen von Absichten, sondern im Fehlen von Substanz. Die vorliegenden Konzepte sind in weiten Teilen allgemein gehalten und nicht mit evidenzbasierten, überprüfbaren Daten hinterlegt. Konkrete Emissionsbudgets, verbindliche Zielwerte für einzelne Bereiche, unabhängig verifizierbare Kompensationsmaßnahmen oder messbare Sozialstandards — all das fehlt zum jetzigen Zeitpunkt. Das wäre jedoch genau das, was eine fundierte Entscheidung der Bürger:innen vor dem Referendum erfordern würde.

Hinzu kommt der Zeitpunkt: In der Kommunikation mit der Behörde für Inneres und Sport wurde uns vermittelt, dass die konkrete Nachhaltigkeitsplanung erst nach dem Referendum beginnen soll. Das bedeutet nicht, dass der Senat Nachhaltigkeit nicht will. Es bedeutet, dass die Grundlagen für eine belastbare Bewertung heute noch nicht vorhanden sind — und dass die Bevölkerung gebeten wird, auf der Basis von Absichtserklärungen zu entscheiden, nicht auf der Basis von Fakten.

Die Bewerbung wird in der gesamten Stadt mit dem Prädikat „klimapositive Spiele“ beworben. Dieser Begriff ist nicht nur wissenschaftlich nicht hinreichend untermauert — er steht auch im Spannungsverhältnis zur aktuellen wettbewerbsrechtlichen Rechtsprechung. Der Bundesgerichtshof hat am 27. Juni 2024 (I ZR 98/23) entschieden, dass Werbung mit mehrdeutigen Umweltbegriffen wie „klimaneutral“ ohne hinreichende Erläuterung im unmittelbaren Werbekontext irreführend sein kann. Die dort entwickelte Begründung ist auf ähnliche Begriffe wie „klimapositiv“ übertragbar. Das OLG Düsseldorf hat diese Linie 2025 für Aussagen zu CO₂-Neutralität bestätigt. Nach unserem Kenntnisstand enthalten zentrale Elemente der stadtweiten Kommunikation diese Erläuterungen nicht. Ob das einen Verstoß gegen § 5 Abs. 1 UWG darstellt, wäre rechtlich zu prüfen — vergleichbare Fälle haben gezeigt, dass solche Aussagen zu Unterlassungsklagen führen können.



Ein konkretes Beispiel verdeutlicht die Spannung zwischen Versprechen und Realität weiter: Der Senat betont, es werde keine Neubauten für Olympia geben. Gleichzeitig plant die Stadt nach aktuellen Berichten den Bau eines neuen Leichtathletikstadions im Bereich des Volksparks und begründet dies damit, das Stadion würde ohnehin gebaut, unabhängig von Olympia. Eine belastbare, öffentlich zugängliche Bedarfsanalyse für dieses Vorhaben ist bislang nicht erkennbar. Ohne eine solche Analyse bleibt offen, auf welcher Grundlage der Senat die Unabhängigkeit dieses Projekts von der Olympiabewerbung behauptet.

3. Ein aktuelles Beispiel: Milano-Cortina 2026

Die aktuellen Winterspiele Milano-Cortina 2026 illustrieren, wie groß die Lücke zwischen Nachhaltigkeitsversprechen und Umsetzung in der Praxis ausfallen kann. Auch diese Spiele wurden als die nachhaltigsten angekündigt. Was folgte, war Waldrodung in der Nähe von UNESCO-Welterbegebieten, der Ausschluss von Umweltorganisationen aus Planungsprozessen, die Befreiung von 50 Prozent aller Olympia-Bauprojekte von regulären Umweltverträglichkeitsprüfungen und ein Ölkonzern als Hauptsponsor.

Die italienischen Behörden beziffern die Gesamtemissionen der Spiele selbst auf etwa 900.000 bis 930.000 Tonnen CO₂. Diese Zahl ist jedoch eine unvollständige Bilanz. Eine vollständige Klimabilanz müsste auch die Emissionen einberechnen, die durch Sponsoren ausgelöst werden: Allein die drei Hauptsponsoren Eni, Stellantis und ITA Airways könnten zusammen über 1,3 Millionen Tonnen CO₂ verursachen — was zu einem Gesamtfußabdruck von etwa 2,2 Millionen Tonnen führt, mehr als dem Doppelten der offiziell kommunizierten Ziffer. Das zeigt, wie selektiv die Klimakommunikation von Olympia-Organisationskomitees sein kann und wie wenig die offiziellen Zahlen über die tatsächliche Klimawirkung aussagen.

Das Versprechen „nachhaltigste Spiele aller Zeiten“ wird mit jedem Zyklus wiederholt. Heute wird ergänzend betont, das IOC sei durch die Agenda 2020+ grundlegend reformiert und allein deshalb werde es diesmal besser. Was sich durch diese Reform jedoch nicht verändert hat, sind die strukturellen Rahmenbedingungen: die Abhängigkeit des IOC von Sponsoren mit hohem CO₂-Fußabdruck, die Machtasymmetrie zwischen IOC und Gastgeberstadt und das Fehlen unabhängiger externer Kontrolle über Nachhaltigkeitsversprechen.

4. Die offenen Fragen — eine Zusammenfassung unseres Anfrageschreibens

Im Dezember 2025 hat der Zukunftsrat Hamburg ein detailliertes Anfrageschreiben an den Senat gerichtet, das hier zum Download bereitsteht: [\[Anfrageschreiben Zukunftsrat Hamburg, Dezember 2025 — PDF\]](#)

Wir fragten nach der strukturellen Verankerung des Nachhaltigkeitskonzepts in der Verwaltung und danach, ob Nachhaltigkeit tatsächlich als Querschnittsaufgabe in alle Planungsbereiche integriert ist — oder erneut als nachgelagertes Add-on behandelt wird. Wir fragten, warum die beiden zentralen Hamburger Nachhaltigkeitsgremien — der Zukunftsrat Hamburg und das Nachhaltigkeitsforum Hamburg — trotz des erklärten Nachhaltigkeitsanspruchs der Bewerbung bislang nicht substantiell eingebunden wurden. Wir fragten nach den konkreten Verhandlungspositionen gegenüber dem IOC und danach, wie Hamburg sicherstellen will, dass ein ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept gegen die strukturellen Interessen des IOC und seiner Sponsoren durchgesetzt werden kann. Wir fragten nach verbindlichen Rücktritts-Kriterien für den



Fall, dass zentrale Nachhaltigkeitsziele nicht erreichbar sind. Wir fragten nach der genauen Definition von „Klimaneutralität oder Klimapositivität“ — was diese Begriffe konkret bedeuten, welche Emissionsquellen in die Bilanz einbezogen werden, wie Zusätzlichkeit der Kompensationsmaßnahmen sichergestellt wird und welche Budgets hierfür vorgesehen sind. Und wir fragten nach dem Zielkonflikt zwischen den Kompensationsbedarfen für Olympia und den Kompensationsbedarfen für lebensnotwendige Bereiche in einer Stadt, die bis 2040 klimaneutral werden will.

Diese Fragen sind nicht beantwortet worden. Sie werden, wie uns mitgeteilt wurde, erst nach dem Referendum beantwortet werden können.

5. Weitere offene Fragen — die gesellschaftliche Dimension

Die Fragen des Zukunftsrats sind nicht die einzigen, die vor dem Referendum einer Antwort bedürfen. Die folgende Auswahl gibt einen Eindruck von der Breite der noch ungeklärten Fragen — sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Großveranstaltungen dieser Art sind in der Vergangenheit häufig mit Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt in den betroffenen Stadtteilen in Verbindung gebracht worden — ob und in welchem Ausmaß solche Effekte eintreten, ist wissenschaftlich nicht abschließend geklärt. Welche konkreten Maßnahmen plant Hamburg, um mögliche negative Auswirkungen auf einkommensschwache Bevölkerungsgruppen frühzeitig zu erkennen und zu begrenzen?

Bei den Olympischen Spielen in Paris 2024 wurde dokumentiert, dass obdachlose Menschen im Vorfeld der Spiele aus zentralen Bereichen der Stadt verdrängt wurden. Wie stellt Hamburg sicher, dass die Rechte und die Würde obdachloser Menschen während der gesamten Vorbereitungs- und Durchführungsphase gewahrt bleiben?

Olympische Spiele werden häufig als Impuls für den Breitensport dargestellt. Welche konkreten Mechanismen sind vorgesehen, um sicherzustellen, dass kleine Hamburger Sportvereine und Stadtteilsportangebote tatsächlich von den Spielen profitieren — und nicht nur Hochleistungssport und große Verbände?

IOC-Sponsorenverträge räumen globalen Konzernen in der Regel exklusive Vermarktungsrechte ein. Wie wird Hamburg sicherstellen, dass lokale Einzelhändler, Gastronomiebetriebe und kleine Unternehmen durch diese Verträge nicht benachteiligt werden?

Ein zentrales Versprechen der Bewerbung sind die kurzen Wege per ÖPNV. Der Hamburger Hauptbahnhof — mit täglich rund 500.000 Reisenden der meistfrequentierte Bahnhof Deutschlands — soll grundlegend umgebaut werden, wobei der Bau nicht vor 2028 beginnen soll. Expert:innen rechnen mit einer Bauzeit von mindestens 10 Jahren. Vergleichbare Großprojekte der Bahn wie Stuttgart 21 oder der Berliner Hauptbahnhof zeigen, dass selbst ambitionierte Zeitpläne in der Praxis regelmäßig überschritten werden. Bei Spielen 2036 oder 2040 würden die Olympischen Spiele damit mitten in die Bauphase des wichtigsten Verkehrsknotenpunkts der Stadt fallen. Wie soll das Versprechen kurzer, reibungsloser Wege unter diesen Bedingungen eingelöst werden?

Nach Erfahrungen mit jüngeren Sommerspielen ist mit einer Größenordnung von rund zehn Millionen Besucher:innen zu rechnen; Hamburg selbst hat bislang keine belastbare, öffentlich zugängliche Besucher:innen-Prognose veröffentlicht. Hamburg verzeichnete zuletzt einen



Jahresrekord von 16,5 Millionen Hotelübernachtungen — davon allein 1,63 Millionen im Juli. Wo sollen die zusätzlichen Besucher:innen untergebracht werden? Welche Auswirkungen hätte das auf den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt, auf die Lebensqualität der Hamburger Bevölkerung und auf eine Stadt, in der Stimmen gegen Übertourismus längst laut werden?

Hinzu kommt die finanzielle Dimension. Olympische Spiele sind historisch für erhebliche Kostenüberschreitungen bekannt — das finanzielle Risiko liegt dabei regelmäßig bei der Gastgeberstadt, während das IOC als private Organisation keine Haftung übernimmt. Hamburg und der DOSB kalkulieren mit Einnahmen aus lokalem Sponsoring, Eintrittskartenverkauf und IOC-Beiträgen — doch wie belastbar diese Annahmen sind, lässt sich heute nicht überprüfen. Verbindliche Kostengrenzen oder Ausstiegsklauseln sind bislang nicht kommuniziert worden. Das Gesamtfinanzrisiko wird sich vollständig erst nach den Spielen zeigen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass erneut erhebliche Steuermittel für Bewerbungskommunikation eingesetzt werden — nicht für sachliche Aufklärung, sondern für Begeisterung. Dieses Muster gab es bereits vor dem Referendum 2015, das die Hamburger Bevölkerung dennoch mit Nein entschied.

Diese Fragen wurden in ähnlicher Form bereits 2015 vom Zukunftsrat gestellt. Belastbare Antworten darauf liegen weiterhin nicht vor.

6. Fehlende Nachhaltigkeitsexpertise in der Planungsphase

In Gesprächen mit Verantwortlichen haben wir festgestellt, dass im aktuellen Vorprojekt-Planungskreis noch keine ausreichende Nachhaltigkeitsexpertise vertreten ist. Das bedeutet nicht, dass Nachhaltigkeitsüberlegungen im Prozess keine Rolle spielen. Es bedeutet, dass sie strukturell noch nicht ausreichend verankert sind, um die ambitionierten Versprechen der Bewerbung einzulösen. Wenn die Spiele so nachhaltig sein sollen wie versprochen, muss diese Expertise von Anfang an in die Planung eingebunden sein — nicht nachgelagert. Genau jetzt, in der Vorprojektphase, werden die konzeptionellen Grundlagen gelegt.

Der Zukunftsrat Hamburg und das Nachhaltigkeitsforum Hamburg — die beiden größten Hamburger Nachhaltigkeitsnetzwerke — wurden weder in die Entscheidungsfindung noch in die Konzeption oder Planung einbezogen. Angesichts des erklärten Nachhaltigkeitsanspruchs der Bewerbung ist das eine Lücke, die erklärt werden sollte.

7. Demokratie, Transparenz und die Frage der Neutralität

Eine demokratische Abstimmung setzt voraus, dass die Bevölkerung ausgewogen informiert wird. Daran bestehen im bisherigen Verfahren begründete Zweifel.

Mehr Demokratie Hamburg hat in einer Pressemitteilung vom 31. März 2026 kritisiert, dass der Senat Schulen mit steuerfinanziertem Informationsmaterial zur Olympiabewerbung versorgt hat, das vom Vorprojekt Olympische und Paralympische Spiele Hamburg entwickelt wurde — also von der Stelle, die den Auftrag hat, die Bewerbung voranzutreiben. Als zentrale Recherchequelle wird darin durchgängig die offizielle Senatsplattform hamburg-olympia.de empfohlen; kritische oder unabhängige Quellen fehlen. Mehr Demokratie Hamburg bewertet dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot sowie gegen den in Hamburg schulrechtlich normierten Beutelsbacher Konsens, der ein Überwältigungsverbot und ein Kontroversitätsgebot vorschreibt. Dass



inzwischen rechtliche Schritte geprüft werden, zeigt: Es handelt sich nicht um eine Frage des Geschmacks, sondern des Rechts. Der Zukunftsrat teilt diese Einschätzung. Die Pressemitteilung ist abrufbar unter: [\[hh.mehr-demokratie.de\]](https://hh.mehr-demokratie.de)

Das Schulmaterial steht nicht für sich allein. Es reiht sich ein in ein breiteres Kommunikationsmuster: Das Beteiligungsformat „Deine Stadt. Deine Stimme. Deine Spiele.“ hat Bürgernähe signalisiert, die Grundsatzfrage — ob die Austragung Olympischer Spiele in ihrer heutigen Form den gesellschaftlichen Prioritäten Hamburgs entspricht — stand jedoch in keinem der Formate zur Debatte. Der Zukunftsrat hat sich mit diesem Muster in einem eigenen Beitrag auseinandergesetzt: [\[zukunftsrat.de — „Wenn Information zur Steuerung wird“\]](https://zukunftsrat.de)

Abschließend möchte der Zukunftsrat den Umgang mit kritischen Stimmen ansprechen. Bürgermeisterin Fegebank hat zwischen einem „Team Mut“ und einem „Team Angst“ unterschieden; Senator Grote bezeichnete Kritiker:innen als „Koalition der schlechten Laune“. Solche Formulierungen tragen nicht zu einer sachlichen Debatte bei, die ein demokratisches Verfahren dieser Tragweite erfordert. Kritik an einer Olympiabewerbung ist keine Frage von Mut oder Angst — sie ist eine Frage von Abwägung und Verantwortung.

8. Strukturelle Widersprüche

Jenseits der unbeantworteten Detailfragen bestehen strukturelle Widersprüche, die mit keinem noch so ambitionierten Nachhaltigkeitskonzept aufgelöst werden können.

Treibhausgasemissionen wirken global, unabhängig vom Entstehungsort. Wenn Hamburg durch Olympia-bedingte Bundesmittel schneller dekarbonisiert, während anderen Städten diese Mittel fehlen, entsteht keine globale Emissionsreduktion — sondern eine Verschiebung. Die gleichen Mittel, direkt in Dekarbonisierungsinfrastruktur investiert, hätten bundesweit eine höhere Klimawirkung pro investiertem Euro.

Olympische Spiele erzeugen erhebliche Zusatzemissionen, die durch Kompensationsversprechen allein nicht vollständig ausgeglichen werden können. Das Organisationskomitee von Paris 2024 kommunizierte einen Zielwert von 1,58 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Schätzungen, etwa die der NGO The Shifters, kamen auf rund 2,11 Millionen Tonnen — eine Abweichung von mehr als 30 Prozent gegenüber dem offiziellen Zielwert. Der größte Anteil der Emissionen stammt aus internationalem Flugverkehr, der strukturell kaum reduzierbar ist, solange das Format eines globalen Megaevents beibehalten wird. Unter Berücksichtigung der Kondensstreifen-RF (Radiative Forcing) sind die Abweichungen sogar noch höher.

Die Forderung nach „klimapositiven Spielen“ steht zudem in Spannung mit Hamburgs eigenem Klimarecht. Der Hamburger Zukunftsentscheid vom Oktober 2025 hat das Hamburgische Klimaschutzgesetz grundlegend verändert: Ab 2026 gelten verbindliche jährliche CO₂-Emissionsobergrenzen, die einen stetigen Reduktionspfad bis zur 98-prozentigen Minderung bis 2040 festlegen. Bei Überschreitung dieser Grenzen muss der Senat innerhalb von fünf Monaten ein Sofortprogramm beschließen. Kompensation ist im Gesetz nicht als Standardmethode vorgesehen und an strenge Bedingungen geknüpft. Das Gesetz priorisiert ausdrücklich tatsächliche Emissionsminderungen. Das bedeutet: Jede Tonne CO₂, die durch die Spiele



zusätzlich entsteht, gefährdet den gesetzlich festgelegten Reduktionspfad und erfordert konkrete Gegenmaßnahmen in anderen Sektoren.

Ein weiterer Widerspruch betrifft das Hamburger Vergaberecht. IOC-Sponsoringverträge räumen globalen Konzernen im Rahmen des Olympic Partner Programme exklusive Vermarktungsrechte ein — Coca-Cola etwa hält die Exklusivrechte für Getränke bis mindestens 2032, Visa für Zahlungssysteme. In der Praxis bedeutet das: Lokale Anbieter von biologischen, regionalen oder fair gehandelten Produkten sind von der Vermarktung faktisch ausgeschlossen. Bei Milano-Cortina 2026 war dieser Effekt bereits zu beobachten. Das steht in potenziellem Widerspruch zu den Nachhaltigkeitsanforderungen des Hamburgischen Vergaberechts, das bei öffentlichen Aufträgen ökologische und soziale Kriterien vorschreibt. Ob das Organisationskomitee der Hamburger Spiele als öffentlicher Auftraggeber im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen einzustufen wäre — und welche vergaberechtlichen Konsequenzen das hätte — ist eine Frage, die bislang nicht öffentlich erörtert worden ist.

Das sogenannte „Lesser Evil“-Argument — lieber Hamburg als andere Austragungsorte mit geringeren Nachhaltigkeitsstandards — setzt voraus, dass Olympia in seiner heutigen Form stattfinden muss. Diese Prämisse verdient eine eigene Debatte, die bislang nicht geführt wird.

9. Eine grundsätzliche Frage

Am Rande dieser Analyse erlauben wir uns einen weitergehenden Gedanken, auch wenn er nicht unmittelbar Gegenstand des Referendums ist: Das olympische Motto „Citius, Altius, Fortius“ — schneller, höher, stärker — steht für Wachstum, Überbietung und Spektakel der Superlative. In einer Zeit, in der Suffizienz zunehmend als notwendige gesellschaftliche Antwort auf die ökologische Krise diskutiert wird, lohnt es sich zu fragen, ob ein globales Megaevent dieser Größenordnung das richtige Signal für eine Stadtgesellschaft ist, die sich dem Klimaschutz verpflichtet hat. Wir stellen diese Frage nicht als Argument gegen Sport oder internationale Begegnung — sondern als Einladung zur gesellschaftlichen Reflexion.

10. Unsere Empfehlung

Wir erkennen an: Viele der Bedenken, die gegenüber Olympischen Spielen geäußert werden, sind keine abstrakten Befürchtungen — sie sind aus den konkreten Erfahrungen vergangener Veranstaltungen abgeleitet. Hamburg kann sich viel vornehmen, es besser zu machen. Ob das gelingt, würden wir allerdings erst nach den Spielen wissen. Hamburg wäre damit die erste Stadt in der Geschichte moderner Olympischer Spiele, der das tatsächlich gelänge.

Was jedoch unabhängig davon feststeht: Die globalen Kapazitäten für qualitativ hochwertige, verifizierbare CO₂-Kompensation sind begrenzt. Jede Tonne CO₂, die für ein freiwilliges Großevent kompensiert wird, steht für lebensnotwendige Bereiche nicht mehr zur Verfügung. Das Hamburgische Klimaschutzgesetz — bereits in der Fortschreibung des Klimaplan 2023 verankert und durch den Zukunftsentscheid 2025 rechtlich gestärkt — lässt eine beliebige Kompensation von Olympia-Emissionen nicht zu. Diese Grenze lässt sich nicht mit gutem Willen, besserer Planung oder ambitionierteren Versprechen verschieben.



Auf Grundlage der heute vorliegenden Informationen empfehlen wir aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung beim Referendum über eine Olympiabewerbung Hamburgs für 2036, 2040 oder 2044 am 31. Mai ein **Nein**.

Diese Empfehlung basiert nicht auf einer grundsätzlichen Ablehnung Olympischer Spiele oder des Sports. Sie basiert auf einer Analyse der verfügbaren Informationen — und auf dem Fehlen der Informationen, die für eine verantwortungsvolle Entscheidung notwendig wären. Die sechs Bedingungen, die wir 2015 formuliert haben, sind heute nicht erfüllt. Die wissenschaftliche Evidenz zu Klimarisiken und Kompensationsgrenzen ist seit 2015 deutlich stärker geworden. Die inhaltliche Nachhaltigkeitsplanung soll erst nach einem positiven Votum beginnen. Und die Rahmenbedingungen der Informationsvermittlung vor dem Referendum — wie von Mehr Demokratie Hamburg dokumentiert — entsprechen nicht den Anforderungen an ein ausgewogenes demokratisches Verfahren.

Hamburg hat die Möglichkeit, klimapolitische Führung zu zeigen — nicht durch ein möglichst grün vermarktetes Megaevent, sondern durch den Mut, verfügbare Ressourcen konsequent in Dekarbonisierung zu investieren.

Anlagen:

- Positionspapier des Zukunftsrats Hamburg zur Olympiabewerbung 2015 (27.10.2015) [[PDF-Download](#)]
- Anfrageschreiben des Zukunftsrats Hamburg an den Senat, Dezember 2025 [[PDF-Download](#)]

Weiterführende Links:

- Zukunftsrat Hamburg: „Wenn Information zur Steuerung wird“ [zukunftsrat.de]
- Mehr Demokratie Hamburg: Kritik an Olympia-Werbung des Senats an Hamburger Schulen [hh.mehr-demokratie.de]

Der Zukunftsrat Hamburg ist das Netzwerk für nachhaltige Entwicklung in Hamburg. Diese Stellungnahme gibt die Position des Zukunftsrats als Netzwerk wieder. Sie basiert auf wissenschaftlicher Analyse und unserem langjährigen Engagement für eine zukunftsfähige Stadt. Wir vertreten keine Partei und keine wirtschaftlichen Interessen.